

Willi Fehlmann



Manifest. Zukunft

Die Tätigkeits-
gesellschaft

rüffer & rub

Der rüffer & rub Sachbuchverlag wird vom Bundesamt für Kultur mit einem Strukturbeitrag für die Jahre 2016–2020 unterstützt.

Erste Auflage Sommer 2018
Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 2018 by rüffer & rub Sachbuchverlag GmbH, Zürich
info@ruefferundrub.ch | www.ruefferundrub.ch

Schrift: GT Sectra
Druck und Bindung: Books on Demand, Norderstedt
Papier: Cremeweiß, 90 g/m²

ISBN 978-3-906304-20-5

Vorwort	8
Inhaltsübersicht	10
Prolog – Wir schreiben das Jahr 2035	14
Erinnerungen	15
Lebensentwürfe – 2035	21
I. Utopie	26
Utopie, der Skizzenblock der anderen Geschichte	27
Das Sein begrenzt die Vorstellungskraft und damit das Wünschen	30
II. Privat ist besser – Die Welt des Neoliberalismus	46
Das Axiom	47
Der Neoliberalismus ist krisenaffin	49
Die US-amerikanische Geschichte als eine Wurzel des Neoliberalismus	51
Die Krise von 1929 – eine verpasste Chance	62
Der (neoliberale) Zweck heiligt die Mittel: Die Shock Doctrine	66
Scheingründe für Privatisierungen	69
Ordnungspolitische Gründe für Privatisierungen	80
Fiskalpolitische Gründe für Privatisierungen	87
III. Die Freizeitgesellschaft – und ihr Ende	94
Maschinen ersetzen Menschen	95
Immer weniger Menschen arbeiten weniger – und das Bruttosozialprodukt steigt	98
Das Ende der Freizeitgesellschaft	100

Entwicklungsfelder der künstlichen Intelligenz.....	106
Gesellschaft am Scheideweg.....	119
Der Kapitalismusmotor stottert	125
Kapitalistisches Abwehrdispositiv	128
Nochmals: Welche Zukunft wollen wir?.....	136
IV. Die solidarische Tätigkeitsgesellschaft	138
Neue gesellschaftliche Identität durch eine neue	
Wirtschaftslogik.....	140
Grundversorgung	146
Zentrale Bereiche des neuen Service Public	151
Laterale Share-Ökonomie als Teil der solidarischen	
Tätigkeitsgesellschaft.....	193
V. Projekt »Manifest.Zukunft«	200
Epilog Mai 2018.....	202
Anhang.....	216
Anmerkungen	217
Bildnachweis	237
Dank	239
Biografie	240

VORWORT

»Utopie erwächst aus einem das Sein überholenden Bewusstsein«, schrieb der Philosoph Helmuth Plessner. »Out of the Box«-Denken würden wir heute sagen, dies aber radikal. Die »Box«, das ist das reale gesellschaftliche Sein, das sind Probleme wie AHV (Rentenversicherung), Flüchtlinge, Arbeitslosigkeit, die nicht mehr rentierende Energiewirtschaft usw. Die Diskussionen finden allesamt innerhalb der Box statt, das heißt, Politik und Wirtschaft versuchen die Probleme mit denselben Ansätzen zu lösen, mit denen sie geschaffen wurden. Sie wollen das System optimieren, aber die Grenzen des Optimierbaren sind erreicht. Es braucht eine grundsätzliche Neugestaltung, um neue Qualitäten zu entwickeln.

Ich gehöre zu den sogenannten 68ern, was ich als eine Verpflichtung empfinde. Uns waren alle Möglichkeiten offen, aber wir haben es versäumt, eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln. Wir haben die Dynamik des neoliberalen Kapitalismus falsch eingeschätzt, und unsere Enkel werden uns dies vorwerfen.

Meine Generation – geboren 1945 – wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in den Aufbau Europas hineingeboren und erlebte einen enormen Aufschwung der Wirtschaft und eine rasante Entwicklung neuer Technologien. »Aufbau!« war das Motto unserer Elterngeneration. Zwanzig Jahre später kam die berechtigte Frage, was denn nach dem Aufbau zu tun sei. Es war die 68er-Generation, die Neues suchte, gewohnte Denkmuster störte und Traditionen infrage stellte. Die 1970er- und frühen 1980er-Jahre waren voller neuer Erkenntnisse. Es schien ein Paradigmawechsel absehbar, weg von »immer mehr«, hin zu mehr Lebensqualität und mehr Gerechtigkeit. Themen wie »Waldsterben« oder die »Ölkrise« und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen machten bewusst, dass die natürlichen Ressourcen endlich sind und das Wirtschaftssystem immer anfälliger werden wird. Diese kritischen Aspekte wurden

aber sogleich vom wirtschaftlichen Aufschwung, durch den Vietnamkrieg und die sich entwickelnde Globalisierung überdeckt. Die Erfolge der Gewerkschaften und ihre neuen Arbeitsmodelle wurden gefeiert, und das gesellschaftliche System nicht mehr infrage gestellt. »Mehr« war bereits wieder Mainstream. Es galt, die globale Welt als Marktchance zu nutzen. Die nun nicht mehr so junge 68er-Generation hatte diese globale Wirtschaftsentwicklung weder antizipiert noch verhindert. Im Gegenteil, viele von uns waren später in Schlüsselfunktionen und gestalteten diese Entwicklungen mit. Die Folge waren und sind wirtschaftliche Krisen und eine Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Heute stehen wir an der Schwelle einer technologischen Entwicklung, wie wir sie seit der industriellen Nutzung der Dampfmaschine und der Erfindung des Verbrennungsmotors nicht mehr erlebt haben. Diese gegenwärtige Entwicklung wird die Gesellschaft in ihren Grundfesten verändern, oder wie Ray Kurzweil meint, dass die nächsten hundert Jahre in ihrer Dynamik den 20 000 vorherigen entsprechen werden. Damals lebten die Menschen noch in Höhlen. Die Optimierungsrituale haben sich überlebt. Es gilt, einen neuen Diskurs zu starten. Wenn dies nicht gelingt, wird die soziale Ungleichheit wachsen und damit der fruchtbare Boden für soziale Unrast geschaffen.

Mein Anliegen ist es aufzuzeigen, dass es Alternativen gibt. Darum entwickle ich in dem Buch eine Realutopie, eine Utopie, die sich verwirklichen lässt. Mir reicht es nicht, Optimierungen heutiger Modelle (etwa der Rentenversicherung AHV) zu diskutieren. Ich entwickle vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz in einem wahrscheinlichen Szenario einer künftigen Gesellschaft.

Noch ein Hinweis zur Lektüre: Die verschiedenen Teile sind über einen längeren Zeitraum und aus verschiedenen Anlässen entstanden und nicht immer direkt verbunden. Darum können die Teile auch für sich gelesen werden.

INHALTSÜBERSICHT

I. Utopie

Wir müssen die Zukunft neu denken. Die Sparprogramme und Optimierungen der Sozialsysteme kommen an ihre Grenze, und die soziale Ungleichheit wächst weltweit. Es herrscht generell die Meinung, dass es keine Alternativen gibt. In diesem Teil erinnere ich an die Funktion einer Realutopie und stelle dar, wie sich die Vorstellungskraft und damit das Wünschen in unserer Gesellschaft entwickelt hat. Dabei wird deutlich, dass sich die Inhalte der Wünsche verändert haben, aber das jeweilige Sein, die gesellschaftliche Situation immer den Horizont der Zukunftsentwürfe bestimmt. Waren es früher Religion und Ständeorganisation, so sind es heute der Konsum und die Ökonomisierung der Gesellschaft, die die Vorstellungskraft des Individuums begrenzen.

II. Privat ist besser – Die Welt des Neoliberalismus

In diesem Teil habe ich einige Aspekte meiner Schrift »Privat ist besser« integriert und weiter ausgeführt. Leider hat sich die liberale Utopie einer freiheitlichen Gesellschaft zu einer Doktrin der freien Wirtschaft gewandelt. Es entstand ein ökonomischer Freiheitsbegriff, der alle anderen gesellschaftlichen Systemteile dominiert. Der Staat soll sich aus dem Wirtschaften heraushalten, außer man braucht Steuergelder zur Stützung von Wirtschaftsteilen. Damit ist im Kern ein antidemokratischer Ansatz formuliert. Die heute extremste (oder reinste) Form des Neoliberalismus ist die Über-Ökonomie, eine Share-Ökonomie, in der es nur noch Selbständige gibt, die sich gegeneinander durchsetzen müssen. Parallel dazu entwickeln sich Monopolisten, die Information, Produktion und Distribution beherrschen wollen.¹ Diese Monopolisierungstendenz ist im Prinzip eine antikapitalistische Entwicklung, gegen die sich der Neoliberalismus gewehrt hat.

III. Die Freizeitgesellschaft – und ihr Ende

Es ist gelungen, die Arbeitszeit in den letzten 150 Jahren von 80 auf 35 Stunden zu reduzieren und gleichzeitig das Bruttosozialprodukt zu steigern. Das war die Realutopie der Freizeitgesellschaft: Man arbeitet ganz wenig und kann sich die Freizeit leisten. Als Gesellschaft können wir uns auch ein komfortables Sozialsystem leisten. Ein Sozialsystem, das in Europa Millionen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern finanziert. Es ist aber auch eine Gesellschaft der sozialen Ungleichheit, der Diskriminierung entstanden. Wer nicht erwerbstätig ist, ist auch kein vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft. Diese Einstellung hält sich hartnäckig. Die technologischen Entwicklungen werden in naher Zukunft die Arbeitswelt, aber auch die Gesellschaft stärker verändern als die Einführung der Dampfmaschine und des Verbrennungsmotors. Das waren vor allem physische Ergänzungen der menschlichen Fähigkeiten, nun werden kognitive Fähigkeiten ergänzt. Die Konsequenzen können wir erst erahnen, es wird aber ein Übergang zu einem neuen Zeitalter sein. Die traditionelle Arbeit wird nicht überflüssig, aber die Menschen werden kaum noch involviert sein. Künstliche Intelligenz wird die Arbeitsplätze ablösen. Das ist das Ende der Freizeitgesellschaft, denn Freizeit gibt es nur, wenn man Erwerbsarbeit hat.

Die meisten Menschen werden sich die Freizeit noch weniger als heute leisten können, und sehr viele werden überhaupt keine Erwerbsarbeit mehr finden. So löst sich der Dualismus von Arbeitszeit mit Beitrag zum Bruttosozialprodukt und Freizeit, finanziert durch Arbeit, auf.

Diese Entwicklung widerspricht allen Erfahrungen der Vergangenheit, und es besteht die Gefahr, dass man Lösungen sucht, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, die aber die Probleme nicht lösen werden.

In diesem Kapitel stelle ich auch dar, wie die Parameter des Kapitalismus ins Wanken geraten. So zum Beispiel: Wenn die Gesteuerungskosten gegen null sinken, gibt es keinen Preis mehr, und Profit ist kaum mehr möglich. Es ist spannend, die strategischen Abwehrmechanismen der großen Firmen zu diskutieren.

IV. Die solidarische Tätigkeitsgesellschaft

Wir brauchen einen realutopischen Entwurf der Gesellschaft. Die Entwicklung ist disruptiv, es wird eine völlig neue gesellschaftliche Situation entstehen, in der die gewohnten Annahmen zu falschen Lösungen führen. Darum entwerfe ich ein Bild einer Gesellschaft, in der sich die Menschen nicht mehr über Erwerbsarbeit definieren, sondern ihre Identität über sinnvolle Tätigkeiten finden. In diesem Entwurf hat die Erwerbsarbeit mit ihrem Beitrag zum Bruttosozialprodukt (BSP) eine wichtige Funktion, aber nicht mehr die heutige Dominanz. Es ist eine Gesellschaft, in der es keine Arbeitslosen, Ausgesteuerten, Harz-IV-Empfänger oder andere Empfänger von Sozialleistungen mehr gibt. Voraussetzungen dazu sind die Entmystifizierung des BSP, ein neuer Service Public (Grundversorgung) und eine Sozialisation zur Selbstgestaltung.

V. Projekt »Manifest.Zukunft«

In diesem Teil wird das Projekt »Manifest.Zukunft« vorgestellt. Es soll eine Plattform aufgebaut werden, auf der sich die verschiedenen Netzwerke austauschen können.

Epilog Mai 2018

Das Manuskript wurde Ende 2016 fertig geschrieben. Inzwischen hat die disruptive Entwicklung weiter an Fahrt zugenommen. Immer mehr Befugte und Unbefugte sprechen über die Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit. In diesem Kapitel wird auf Basis der neusten Informationen nochmals auf die Arbeitsmarkt-

situation und das Schlagwort »Digitalisierung« eingegangen und in diesem Zusammenhang auch das Thema »Produktivität« aufgegriffen.

IV.

Die solidarische Tätigkeitsgesellschaft



Der neoliberale Kapitalismus hat es fertiggebracht, dass praktisch alle Bereiche der Gesellschaft ökonomisiert wurden. Jede menschliche Äußerung ist zur Ware geworden, die einen Gestehungspreis und einen Profit hat. Ist der Profit negativ, so muss entweder die Value Chain kostengünstiger gestaltet werden, oder der Preis wird angehoben. Und wenn alles nichts hilft, dann verschwindet die Leistung.

Darum werden Bahntickets immer teurer, und Leistungen im Spital für gewisse Patienten nicht mehr angeboten. Darum muss eine Universität genügend Drittmittel beschaffen, sonst ist sie nicht mehr rentabel und verschlingt zu viele Subventionen.

Diese Ökonomisierung wird in der Schweiz durch ein gutes Sozialsystem akzeptabel gemacht. Heute kommen aber diese sozialen Angebote immer mehr unter Druck. Die Medien überbieten sich in Analysen, dass die Anreize für Invalidenversicherung und Ergänzungsleistungen falsch gesetzt sind und darum zu hohe Kosten verursacht würden. Die Politik bemüht sich, Sparprogramme durchzuführen, die Renten zu kürzen und das Pensionierungsalter nach oben zu verschieben. In verschiedenen Ländern werden Pensionskassen und Wiedereingliederungsmaßnahmen privatisiert. Sogar mit den Arbeitslosen muss man Geld verdienen. In der geschilderten Über-Ökonomie kämpft jeder gegen jeden.

Schon in den 1970er-Jahren wurde deutlich, dass diese Form des Kapitalismus nicht nachhaltig ist und überwunden werden muss. Es wurde von einem neuen Paradigma gesprochen.¹²⁵ Fast wie eine Reaktion darauf feierte der Neoliberalismus in den folgenden Jahren einen globalen Boom sondergleichen.

Seither ist die Ungleichheit weltweit gewachsen, und wieder kommt die Erkenntnis, dass man etwas grundsätzlich ändern sollte. Und wieder erstarrt das alte System. Die Ökonomisierung wird extrem, und die Solidarität der sozialen Marktwirtschaft, hart erkämpft über Jahrzehnte, löst sich auf.

Es gab und gibt explorative Ansätze zu einem neuen Gesellschaftssystem. Die oben erwähnten Ausführungen von Fritjof Capra etwa, die Geldtheorie von Hans Christoph Binswanger¹²⁶ oder die Vertreter des Nullwachstums waren solche Ansätze. Heute gibt es viele laterale Share-Plattformen, auf denen Teilnehmende sinnvoll teilen können, und auch die vielen Komplementärgeldkreisläufe sind Versuche im Neuland. Vielleicht sind diese Ansätze diesmal erfolgreich!? Jedenfalls hoffe ich, mit den folgenden Ausführungen einen Beitrag zu einem neuen Diskurs zu leisten.

NEUE GESELLSCHAFTLICHE IDENTITÄT DURCH EINE NEUE WIRTSCHAFTSLOGIK

Die gesellschaftliche Identität fußt heute auf Erwerbsarbeit. Wer arbeitslos ist, wird tendenziell stigmatisiert, gehört zu einer Randgruppe. Wenn die Erwerbsarbeit durch die neuen Technologien immer weniger wird, führt das zu einem Identitätsverlust in breiten gesellschaftlichen Schichten. Wir brauchen darum eine neue gesellschaftliche Identität, die darauf basiert, dass Menschen sinnvoll tätig sein müssen, aber nicht unbedingt eine Lohnarbeit brauchen. Etwas philosophisch könnte man von der Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen sprechen. Dabei verstehe ich unter »Selbstentfremdung«, dass die Menschen sich über einen ökonomischen Wert definieren müssen. Bis heute ist in der Gesellschaft nicht gefragt, wer ich bin und was meinem Leben Sinn gibt, sondern wie viel ich zum Bruttosozialprodukt (BSP) beitrage respektive verdienen und konsumieren kann. Die Freizeitgesellschaft hat einen einzigen Identitätspfeiler: die Erwerbsarbeit. Die Identitätsbildung oder Sozialisation ist entsprechend organisiert: Man geht in den Kindergarten, um dann in die Schule zu kommen. Dort muss man lernen, um eine Lehre machen zu können oder

ins Gymnasium zu kommen. Danach muss man studieren, um gut zu verdienen. Jeder Schritt hat ein finales Entwicklungsziel, das im Beruf endet. Man geht also nicht aufs Gymnasium, weil es Spaß macht, Latein zu lernen, sondern weil Latein den Zugang zu gewissen Studien ermöglicht und man die Berufschancen damit erhöhen kann. Die sogenannte Bologna-Reform¹²⁷ und die Pisa-Studien¹²⁸ haben dieses System perfektioniert.

Die heutigen Wertzuschreibungen sind auf den Identitätspfeiler »Erwerb« ausgerichtet. So etwa die Äußerung: »Ich arbeite zu Hause.« Alle nehmen an, dass er oder sie einen Home-Arbeitsplatz hat, niemand denkt, es sei eine Hausfrau oder ein Hausmann. Wenn wir »Arbeit« sagen, dann meinen wir Erwerbsarbeit, also Arbeit, die einen Beitrag zum BSP leistet. Sonst sagen wir eben: »Sie pflegt ihre Eltern«, oder: »Er ist Hausmann«, und damit meinen wir, dass diese Tätigkeit keinen Beitrag zum BSP leistet. Entgegen allen anderen Behauptungen gehen wir automatisch davon aus, dass solche Tätigkeiten nicht gleichwertig sind. Darum kann man noch so lange für die Anerkennung der Care-Arbeit und Hausarbeit kämpfen, solange das BSP regiert, wird sich die Einstellung nicht grundsätzlich ändern.

Diese Sozialisierung führt dazu, dass sich Menschen nur dann als vollwertig fühlen, wenn sie eine Erwerbsarbeit haben, also zum Bruttosozialprodukt beitragen. Das ist die bisherige Wirtschaftslogik. Jedes vollwertige Mitglied der Gesellschaft muss Leistungen erbringen, die ein Beitrag zum BSP sind. Für diese Leistungen bekommt man Lohn und kann konsumieren. Entsprechend sind andere Tätigkeiten der Freizeit oder anderen Bereichen zugeordnet. Diese Identität über Erwerbsarbeit ist sehr tief verankert. Die Sozialkosten steigen zwar, aber die Politik sucht Mittel und Wege, um die Folgen der Erwerbslosigkeit zu mildern und Armut abzufedern. Sozialleistungen sollen gekürzt werden, aber man verschiebt sie bloß von der Bundeskasse zu den Kantonen und Gemeinden

oder dann in den privaten Haushalt. Die Gewerkschaften kämpfen um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Sie wollen einen besseren Kündigungsschutz und bessere Bezahlung durch höhere Gewinnabschöpfung. So versuchen die verschiedenen Sozialpartner das Bestehende zu optimieren und verhindern damit grundsätzliche Veränderungen. Jede Partei argumentiert mit dem Hinweis auf die Gefährdung des Wohlstandes der Gesellschaft. Darum akzeptiert man, wie oben dargestellt, die vielen Armutsgefährdeten, Hartz-IV-Empfänger, die Ausgesteuerten usw. Man nimmt auch in Kauf, dass die RAV (Regionale Arbeitsvermittlungszentren) wenig erfolgreich sind. Unternehmen halten sich bedeckt und entlassen Mitarbeitende peu à peu, um keine politische Reaktion zu provozieren.

Schon John F. Kennedy hat diese Entwicklungen erkannt und suchte den Hebel zur Veränderung: *»How do we eradicate the barriers which separate substantial minorities of our citizens from access to education and employment on equal terms with the rest? How, in sum, can we make our free economy work at full capacity – that is, provide adequate profits for enterprise, adequate wages for labor, and opportunity for all?«*¹²⁹ Die Geschichte zeigt, dass er sich geirrt hat. Durch die Wirtschaftsleistung allein entsteht kein balanciertes Gesellschaftssystem. Ungleichheit und Vulnerabilität haben zugenommen und werden weiter zunehmen.

Eine neue Solidarität fordert, dass die Leistungslogik durch die Bedarfslogik ersetzt wird. Die neue, von mir geforderte Identität basiert auf der Bedarfslogik. Es geht nicht mehr darum, was jemand leistet und welchen Lohn man dafür erhält, sondern die Frage ist, was jemand braucht, und wie die Gesellschaft dieses Gut zur Verfügung stellt. Als Erstes muss darum das BSP wieder auf seine ursprüngliche Funktion reduziert werden (was ich weiter unten ausführen werde). Ganz wichtig ist dann der Diskurs über einen neuen Service Public, die Grundversorgung. Es ist zu erarbeiten, welchen individuellen Bedarf die Gesellschaft als »Grundver-

sorgung« anerkennt und zur Verfügung stellt. Die Idee der Grundversorgung ist sozusagen das Gegenteil der Über-Ökonomie und ihrem Kampf aller gegen alle. Es geht vielmehr um einen Korb von Dienstleistungen, der allen in der Gesellschaft zugänglich ist. Es geht nicht um Chancengleichheit, sondern um reale, gleiche Leistungen für alle; was nicht bedeutet, dass alle gleich viel Geld zur Verfügung haben. Auf diesem Fundament kann eine neue Identität entstehen, in der die Erwerbsarbeit nur noch ein möglicher Teil ist.

Dahrendorf schrieb 1983, dass die Identitätsdefinition der Freizeitgesellschaft nicht zukunftstauglich ist.¹³⁰ Er meinte (als liberaler Denker), dass der Mensch nicht eine Erwerbsarbeit braucht, aber sinnvoll tätig sein können muss. Er formulierte damals auch schon, wenn auch nur sehr tentativ, ein wesentliches Element zu einer Tätigkeitsgesellschaft: *»[...] in der Tätigkeitsgesellschaft macht es wenig Sinn, die Staatseinnahmen weitgehend von den Arbeitseinkommen abhängig zu machen. Noch weniger Sinn aber hat es, das Einkommen des Einzelnen, einschließlich der Sozialleistungen, von Berufsarbeit abhängig zu machen. [...] Fast unausweichlich führt jede Überlegung zu dem Gedanken eines Minimaleinkommens, das auf die eine oder andere Weise garantiert sein muss.«*¹³¹ Dazu meine Ausführungen unten.

Leider wurden solche Ansätze vom globalen Aufschwung der Wirtschaft überrollt. Das BSP ist identitätsstiftend geworden und nicht der selbst definierte Sinn in einer Tätigkeit.

Das Bruttosozialprodukt (BSP) – der falsche Maßstab

Stiglitz hat pointiert formuliert: *»America's GDP fetishism is a rare luxury in an age of vulnerability.«*¹³² Das BSP wurde geschaffen, um die Wirtschaftskraft eines Landes möglichst objektiv zu messen und zwischen verschiedenen Ländern zu vergleichen. Es ist kein Maßstab für die Lebensqualität in einer Gesellschaft. Um ein balanciertes Gesellschaftssystem zu generieren, muss das BSP auf seine ursprüngliche Funktion zurückgestuft werden.

Es gibt eine alte Diskussion um »GDP and beyond«: Was ist über das Bruttosozialprodukt hinaus relevant? Was ist eigentlich ausgesagt, wenn das BSP steigt und es »uns gut geht«? Fast schon literarisch formulierte es Robert F. Kennedy: *»Too much and for too long, we seemed to have surrendered personal excellence and community values in the mere accumulation of material things. Our Gross National Product, now, is over \$800 billion dollars a year, but that Gross National Product – if we judge the United States of America by that – that Gross National Product counts air pollution and cigarette advertising, and ambulances to clear our highways of carnage. It counts special locks for our doors and the jails for the people who break them. It counts the destruction of the redwood and the loss of our natural wonder in chaotic sprawl. It counts napalm and counts nuclear warheads and armored cars for the police to fight the riots in our cities. It counts Whitman's rifle and Speck's knife, and the television programs which glorify violence in order to sell toys to our children. Yet the gross national product does not allow for the health of our children, the quality of their education or the joy of their play. It does not include the beauty of our poetry or the strength of our marriages, the intelligence of our public debate or the integrity of our public officials. It measures neither our wit nor our courage, neither our wisdom nor our learning, neither our compassion nor our devotion to our country, it measures everything in short, except that which makes life worthwhile [...].«¹³³*

Zu der Erkenntnis, dass das BSP ein ungenügender Messrahmen ist, kam auch der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy: *»In February 2008, the President of the French Republic, Nicholas Sarkozy, unsatisfied with the present state of statistical information about the economy and the society, asked Joseph Stiglitz (President of the Commission), Amartya Sen (Advisor) and Jean Paul Fitoussi (Coordinator) to create a Commission, subsequently called »The Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress« (CMEPSP).«¹³⁴* Auslöser war Sarkozys Besorgnis über den

Zustand der Nation: *»Increasing concerns have been raised since a long time about the adequacy of current measures of economic performance, in particular those based on GDP figures. Moreover, there are broader concerns about the relevance of these figures as measures of societal well-being, as well as measures of economic, environmental, and social sustainability. Reflecting these concerns, President Sarkozy has decided to create this Commission, to look at the entire range of issues. Its aim was to identify the limits of GDP as an indicator of economic performance and social progress, to consider additional information required for the production of a more relevant picture, to discuss how to present this information in the most appropriate way, and to check the feasibility of measurement tools proposed by the Commission. Commission's work is not focused on France, nor on developed countries.«¹³⁵*

Der Bericht wurde 300 Seiten stark, ist anstrengend, aber gut zu lesen. Vielleicht hat dieser Bericht die damalige Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr zu einer Motion angeregt, dass man in der Schweiz auch einen Messrahmen für die »Zufriedenheit« der Menschen entwickeln solle. Das führte dazu, dass die Schweiz, wie andere Staaten, qualitative Aspekte aufgenommen hat, die regelmäßig erhoben werden – allerdings auf statistischen Sonderkonten. Grafik 13 zeigt das Ergebnis von 2014.¹³⁶

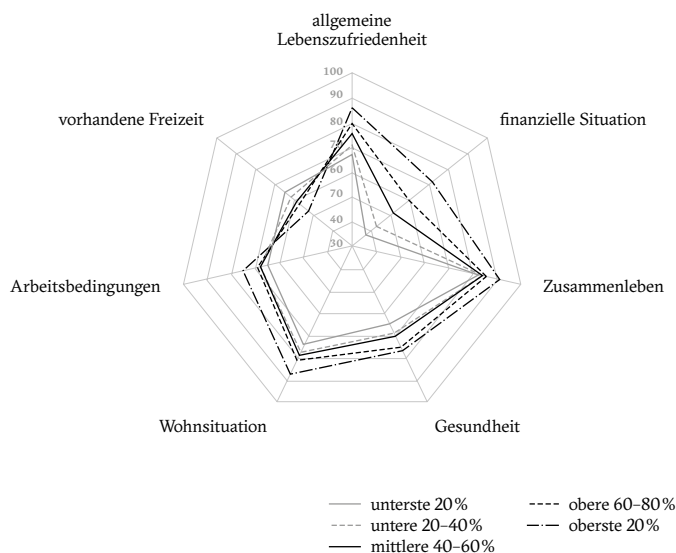
Diese Daten liefern wichtige Erkenntnisse, lösen aber das Grundproblem nicht, da die Erweiterungen der nationalen Statistik auf einem Sonderkonto nicht zu einer neuen gesellschaftlichen Identität der Menschen führen, die durch sinnvolle Tätigkeiten definiert wird. Dazu braucht es eine umfassendere, neue Grundversorgung und eine entsprechende Sozialisierung der BürgerInnen.

GRUNDVERSORGUNG

Der Abbau von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung vieler Prozesse wird in den kommenden Jahren die Sozialsysteme finanziell überfordern. Wir müssen darum die Grundversorgung neu definieren, um eine Existenzsicherung in allen Lebenslagen zu gewährleisten.

»Service Public« für die Grundversorgung ist ein typisch schweizerischer Begriff, der unterschiedlich verwendet wird. 2004 hat der Bundesrat einen Bericht zum Service Public verfasst, in dem er das schweizerische Verständnis so formuliert: »Service Public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen

Grafik 13: Zufriedenheit nach Einkommensquintilen



sollen. Der Service Public ist folglich eine politisch festgelegte Basisausstattung mit bestimmten Gütern und Dienstleistungen, meist aus dem Bereich der Infrastrukturen.«¹³⁷

Teilweise wird der Service Public über die Infrastruktur hinaus auf weitere Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, soziale Sicherheit, Militär, Polizei usw. ausgedehnt. Im Allgemeinen wird der Begriff Service Public jedoch mit den großen netz- und infrastrukturgebundenen Wirtschaftssektoren des Verkehrswesens, der Postdienste, der Telekommunikation oder des Energiesektors in Verbindung gebracht, welche bestimmte Leistungen im Interesse der Allgemeinheit erbringen.

Der Bundesrat übernimmt und zementiert damit eine sehr enge Auffassung von Infrastruktur. Das Gabler Wirtschaftslexikon macht zum Begriff »Infrastruktur« einen interessanten Kommentar: »Am Beginn eines Wachstumsprozesses ist der Bedarf an Basisausstattung wie Verkehr und Energieversorgung am größten, entsprechend dem Vorleistungscharakter der Infrastruktur. Dies lässt sich bei sogenannten Entwicklungsländern gut beobachten. Mit fortschreitender Industrialisierung, im Allgemeinen in Verbindung mit einem starken Wachstum des privaten Kapitalstocks, verlagert sich der Infrastrukturbedarf mehr in Richtung Humankapital. Auf einem hohen Entwicklungsniveau in späteren Stadien des Strukturwandels (Dienstleistungsgesellschaft) werden der weitere Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur schließlich vermehrt von sozialökonomischen Zielen bestimmt, z.B. das Angebot an Kultur- oder Freizeiteinrichtungen.«¹³⁸

Gemäß dieser Umschreibung ist die Auffassung des Bundesrates aus dem Jahr 2004 irgendwo beim Stand von Entwicklungsländern stehengeblieben. Dabei hat man in der Schweiz schon sehr fortschrittliche Lösungsansätze für diesen »Grundbedarf« gefunden: Bei einer Pfändung darf der Fernseher nicht mehr gepfändet werden, weil er zur Grundausstattung eines Haushalts gehört – ein Auto hingegen nicht. Die AHV garantiert für alle nach 64/65

Grafik 14: Aspekte der Grundversorgung



die finanzielle Sicherheit – wenn diese nicht genügt, dann kommen Ergänzungsleistungen der Gemeinde dazu. Es gibt Zuschüsse für die Krankenkasse, und das Sozialamt zahlt auch Mieten. Diese Unterstützungen führen zwar zu Stigmatisierungen von Randgruppen, aber es ist ein Konsens, dass die Existenzsicherung eine Aufgabe des Staates ist.

In der solidarischen Tätigkeitsgesellschaft ist dieser bundesrätliche Infrastrukturbegriff so zu erweitern, dass es keine Ausgrenzung mehr gibt. Es geht um die Frage, was die BürgerInnen an Grundleistungen brauchen, um in jeder Lebenslage ohne existenzielle Ängste leben zu können. Das ist die Idee des künftigen Service Public, der Daseinsvorsorge oder Infrastruktur.

Grafik 14 zeigt die Zusammenhänge.

Für jedes Element der Grundversorgung – Bildung, Gesundheit und Wohnen und Grundeinkommen – ist ein Basisanspruch zu formulieren. Es gab in den 1970er-Jahren die Idee der Bildungsgutscheine: Bei Geburt bekommen alle BürgerInnen Gutscheine für eine kostenlose Bildung auf verschiedenen Stufen. Das könnte

ein Ansatz für den Grundbedarf an Bildung sein. Man könnte Bildung aber auch generell als ein Bürgerrecht definieren, also bei allen staatlichen Angeboten und über alle Stufen, egal wann und in welcher Abfolge jemand sich aus- und weiterbildet.

Das Element Gesundheit meint, dass für alle ein Grundbedarf gedeckt sein muss. Der Ansatz einer Volkskrankenkasse geht in diese Richtung.

Auch Wohnen ist ein zentraler Bedarf, und es muss deshalb eine Art Grundausstattung zur Verfügung stehen. Dabei ist zwischen Subjekt- und Objektfinanzierung zu entscheiden (siehe unten).

Das Grundeinkommen ist eine Ergänzung zu den anderen Elementen. Es muss, wie heute in der Schweiz auch schon definiert, allen ermöglichen, einen bestimmten Konsumbedarf zu decken. Dazu gehören Lebensmittel, aber auch ein Fernseher und die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen. Aber es gehört weder ein Auto noch eine Mobilitätsgarantie zum Grundbedarf.

Auch die Unternehmen müssen an einer Grundversorgung interessiert sein, denn sie sichert die Möglichkeit des Konsums von Primärprodukten und stabilisiert das Gesellschaftssystem. Das heutige System ist auf Einseitigkeit angelegt und wird so immer instabiler, wie meine obigen Ausführungen oder die Darstellungen von Joseph Stiglitz u.a. belegen. Das gesellschaftliche System wird stabil, wenn allen Menschen eine gewisse Geldmenge zur Verfügung steht und ergänzende Wirtschaftskreisläufe, die vom BSP entkoppelt sind, installiert werden: Tauschringe, komplementäre Geldkreisläufe, Time Banking, das sind Stichworte zu alternativen, ergänzenden Systemteilen, die mit verschiedensten Tätigkeiten gekoppelt sein können.

Man kann sich darüber streiten, ob und um wie viel das BSP quantitativ wachsen muss. Aber es ist unbestritten, dass die Produktivität durch neue Technologien nochmals exponentiell gesteigert

gert werden kann, indem viele Zwischenschritte und Arbeitsabläufe automatisiert und von selbst lernenden Systemen übernommen werden. Es braucht viel weniger Lagerkapazität, wenn man vor Ort »on demand« produzieren kann, oder wenn die ganze Value Chain von künstlicher Intelligenz gesteuert wird. Das bedeutet, dass das jetzige BSP mit viel weniger Humankapital und weniger anderen Ressourcen erarbeitet werden kann. Zudem ist das Wachstum auch qualitativ. Der freie Zugang zu Dienstleistungen wie Google oder zu vielen Apps wird im BSP nicht abgebildet. Die Zufriedenheit in einer Volkswirtschaft kann steigen, obschon das BSP sinkt.

Die Angst vor Staatsmonopolen durch eine umfassende Grundversorgung ist unbegründet. Die staatlichen Leistungen sollen nur einen Grundbedarf abdecken, und das ist im Prinzip nie profitabel im betriebswirtschaftlichen Sinne. Es müssen alle PatientInnen behandelt werden, alle Kinder müssen einen Schulplatz haben usw. Das sind gesellschaftspolitische Aufträge, die nicht Gewinne für Eigner und Managementboni abwerfen können und müssen.

Private Unternehmen können in jedem Bereich der Grundversorgung zusätzliche Dienstleistungen anbieten, die ein entsprechender Kundenkreis, der sich dies leisten kann, kaufen kann. Es kann aber nicht sein, dass der Staat Leistungen subventioniert, die über die Grundleistungen hinausgehen – sei es direkt oder indirekt.

Der Staat braucht bei der Grundversorgung auch keine privaten Beteiligungen (Public Private Partnership, PPP). Die öffentlichen Betriebe arbeiten so effizient wie die privaten und bekommen am Markt bessere Konditionen für Kredite.

Das sind Aspekte der Bedarfslogik. Es muss in der Gesellschaft verhandelt werden, was in den Service Public gehört. Und nochmals: Es ist keine Frage der Finanzierbarkeit. Es geht »nur« darum, wie das Geld in der Gesellschaft gerecht verteilt wird.

ZENTRALE BEREICHE DES NEUEN SERVICE PUBLIC

Gesundheitswesen

In der solidarischen Tätigkeitsgesellschaft haben alle den gleichen Zugang zu Grundleistungen im Gesundheitswesen. Das bedeutet, dass alle Menschen in der Schweiz einen freien Zugang zu hoch qualitativen medizinischen und pflegerischen Leistungen haben. Anders formuliert, die Qualität der Gesundheitsversorgung ist unabhängig von Einkommen und Alter. Dazu braucht es einen Konsens über einen Leistungskatalog und Qualitätskriterien.

Der Zugang zu diesen medizinischen Grundleistungen wird über das Steuersystem bezahlt, ist also für PatientInnen »gratis«, ebenso die Nachsorge, sei es zu Hause oder in Reha-Kliniken oder Pflegeheimen. Dies gilt allerdings nur für öffentliche Einrichtungen. Wer mit ihnen nicht zufrieden ist, muss sich privat versichern und in eine private Institution gehen, die aber nicht subventioniert wird. Es werden keine Steuergelder an private Institutionen (Spitäler, Pflege-, Altersheime, Spitex) abgegeben. Dieser Mittelabfluss wird blockiert.

Wenn also jemand in der Schweiz in ein Hirsländchen Spital oder ein Hotelpital geht, dann zahlt die Kosten keine Grundversicherung mehr – es gibt die Grundversicherung gar nicht mehr. Es braucht auch keine Spitallisten mit Leistungsvereinbarungen, da der Staat nur öffentliche Institutionen finanziert. Es gibt also keine gemischten Versicherungen mehr. Entweder man partizipiert an den öffentlichen Leistungen oder bezahlt respektive versichert privat. Das versicherungstechnische Mehrklassensystem ist damit abgeschafft.

Politisch sind damit alle Diskussionen wegen der verschiedenen »Hüte« (Regulator, Finanzierer, Controller) der Kantone vom Tisch. Der Staat hat die wichtige Funktion, die Qualität der Leistungen sicherzustellen und die Preise für Medikamente im Inte-